



Newsletter von Dr. Peter Liese

für Südwestfalen, Münster und den Kreis Warendorf

25. Juli 2025

Der Kampf hat sich gelohnt - LEADER bleibt erhalten

„Der Kampf um das EU Programm LEADER hat sich gelohnt. Nach dem von der Europäischen Kommission veröffentlichten Vorschlag zur mehrjährigen Finanzplanung bleibt das Programm erhalten, und es wird auch weiterhin wie bisher Teil der gemeinsamen Agrarpolitik sein, die auch die Förderung des ländlichen Raums umfasst“, erklärte Peter Liese.

LEADER ist eines der erfolgreichsten Programme der Europäischen Union und das gilt ganz besonders für Südwestfalen und den Kreis Warendorf. Fast alle Kommunen in Südwestfalen sind LEADER-Regionen, unter anderem der ganze Kreis Soest und der ganze Hochsauerlandkreis sowie viele Kommunen im Märkischen Kreis, Siegen-Wittgenstein und im Kreis Olpe. Im Kreis Warendorf haben sich die neun Kommunen Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, den Warendorfer Ortsteilen Einen-Müssingen, Freckenhorst, Hoetmar und Milte sowie dem Kreis Warendorf in der LEADER-Region „9Plus im Kreis Warendorf“ zusammengeschlossen.

Eine Auflistung aller LEADER-Regionen finden Sie hier: https://www.mlv.nrw.de/wp-content/uploads/2023/04/Karte_LEADER-in-NRW_EU-Foerderperiode-2023-2027.pdf

In den letzten Monaten gab es Diskussionen, ob LEADER erhalten bleibt oder, wie viele andere EU-Programme, in einem großen neuen Wettbewerbsfonds verschwindet. Die Mitglieder der lokalen



Peter Liese hatte die Gelegenheit, sich bei einem Besuch in der Gemeinde Wilnsdorf erneut davon zu überzeugen, wie viele großartige Projekte von den Ehrenamtlichen in unserer Region mithilfe des LEADER-Programms realisiert werden.

In dieser Ausgabe

- Besserer Tierschutz bei Hunden und Katzen
- Wind in Brüssel hat sich gedreht. Erste Erfolge beim Bürokratierückbau
- Misstrauensantrag gegen EU-Kommission krachend gescheitert
- Keine zusätzliche EU-Bürokratie beim Autoverkauf
- Ohne Flexibilität kein Klimaziel für 2040
- Sicheres Badevergnügen in unserer Region
- Spielzeugverordnung setzt neue Standards

und vieles mehr



Aktionsgemeinschaften in unserer Region hatten sich sehr für den Erhalt engagiert. Peter Liese hatte unter anderem an [Ursula von der Leyen](#) geschrieben und mit Bundeskanzler Friedrich Merz, Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem Haushaltskommissar Piotr Serafin über die Frage gesprochen. Die Arbeit ist allerdings nach Auskunft des heimischen Abgeordneten noch nicht beendet.

„Leider ist nicht klar, wie das Programm in Zukunft finanziell ausgestattet sein wird. Deswegen müssen wir weiter am Ball bleiben. LEADER ist eines der erfolgreichsten Programme der Europäischen Union überhaupt. Ich finde es extrem wichtig, dass hier Projekte, die Ehrenamtliche erarbeiten und die gemeinsam vor Ort beschlossen werden, mithilfe von EU und Landesmitteln unterstützt werden können“, betont Peter Liese.

Besserer Tierschutz bei Hunden und Katzen

Der Hundemafia das Handwerk legen

Im zurückliegenden Europawahlkampf 2024 hat sich Peter Liese auf Plakaten mit seinem Hund Sofie ablichten lassen. Sofie ist ein Mischlingshund, der in Griechenland von Tierschützern vor einer Tötungsstation gerettet wurde. Liese hat ihn gemeinsam mit seiner Frau aufgenommen. Das Plakat war verbunden mit dem Versprechen, sich für einen stärkeren Tierschutz insbesondere im Bereich Hunde einzusetzen.



Wahlversprechen eingelöst

„Als wir 2023 unsere Sofie aufgenommen haben, war das für mich Anlass, mich noch einmal mit den schrecklichen Verbrechen der Hundemafia in Süd- und Osteuropa auseinanderzusetzen“, bekräftigt Liese. Nun kann er einen wichtigen Erfolg und damit die Einlösung des Wahlkampfversprechens melden. Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit für einen besseren Tierschutz im Bereich Hunde und Katzen gestimmt. Mit 457 zu 17 bei 86 Enthaltungen hat das Parlament in Straßburg heute einen Vorschlag der Europäischen Kommission und eine Vorlage des Agrarausschusses nachgeschärft. Alle Hunde und Katzen sollen in Zukunft gechippt und registriert werden, und für alle Züchter sollen bestimmte Mindestkriterien im Bereich Tierschutz gelten.

„Bei der Hundemafia handelt es sich nach Einschätzung der Europäischen Kommission und auch nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes um organisierte Kriminalität. Hunderttausendfach werden Welpen viel zu früh von der Mutter getrennt, medizinisch nicht untersucht und nicht geimpft, sodass auch Krankheiten, die für den Menschen gefährlich sind, übertragen werden können und teilweise unter absolut tierunwürdigen Verhältnissen gehalten werden. Nur durch eine lückenlose Nachverfolgung kann man dies wirklich effektiv bekämpfen. Das Chippen und Registrieren von Hunden hat weitere Vorteile: Wenn ein Hund entläuft, kann man ihn schneller wiederfinden, und wenn ein Hund jemand anderem einen Schaden zufügt, findet man schneller den Halter. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir hier eine klare Regelung beschlossen haben“, erklärte Peter Liese.

Schnelle Einigung mit dem Ministerrat erwartet

Liese hatte bereits 2023 in einem Brief an Ursula von der Leyen sowie in vielen Gesprächen mit der zuständigen Kommissarin eine solche Regelung angemahnt. „Ich erwarte, dass jetzt sehr schnell die Verhandlungen mit den Vertretern der nationalen Regierungen im Ministerrat aufgenommen werden und dass wir noch in diesem Jahr einen ausverhandelten Gesetzestext bekommen“, betonte Liese.



Wind in Brüssel hat sich gedreht

Europäisches Parlament und Rat bestätigen Entlastung der Unternehmen, insbesondere des Mittelstandes beim CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM

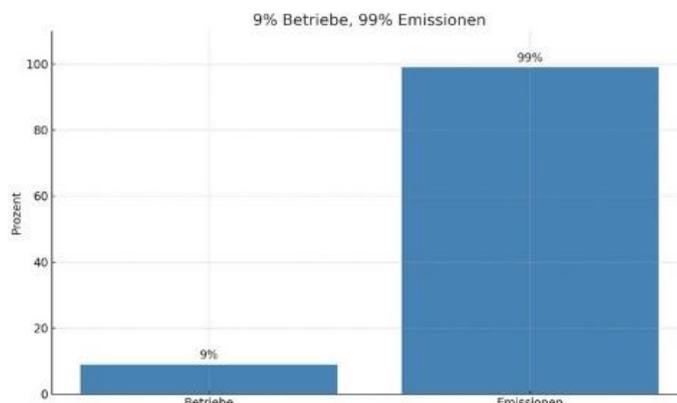
„Es ist gut, dass sich das Europäische Parlament und der Rat der Mitgliedstaaten so schnell auf die Vereinfachung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM einigen konnten. Parlament und Rat haben die von der Kommission vorgeschlagene Erleichterung angenommen: 91% der Betriebe, insbesondere Mittelständler, sollen von Berichtspflichten komplett befreit werden. Trotzdem bleiben 99% der Emissionen im CBAM enthalten. Im Gesetzgebungsverfahren wurden lediglich einige technische und juristische Klarstellungen vorgenommen,“ erklärte Peter Liese.



91% der Betriebe werden vollständig von Berichtspflichten befreit. Nur 1% der Emissionen nicht erfasst / Klimawirkung bleibt erhalten /

Die Europäische Kommission hatte am 26. Februar den ersten Teil des sogenannten ‚Omnibus‘ vorgelegt, einer Reihe an Vorschlägen zur Entbürokratisierung der bestehenden Gesetzgebung. Neben Lieferketten und Nachhaltigkeitsberichterstattung, betrifft das auch den CBAM, der 2023 von den EU-Institutionen beschlossen wurde. Das System soll Unternehmen, die in der EU von Klimaschutzauflagen betroffen sind, vor unlauterer Konkurrenz aus Drittstaaten zu schützen, in denen es keine ähnlichen Auflagen gibt. Bei der Umsetzung kamen jedoch Probleme ans Licht, erklärte Peter Liese: „CBAM ist grundsätzlich ein extrem wichtiges System und hat auch schon dazu beigetragen, dass sich Drittstaaten selbst ambitionierte Klimaschutzziele setzen und Emissionshandelssysteme eingeführt haben. Aber die Belastung für Mittelständler und Privatleute war unverhältnismäßig. Wenn ein Mittelständler ein Paket Schrauben importiert, sind Berichtspflichten unnötiger Ballast. Besonders skurril war der Fall eines Jugendlichen aus den Niederlanden, der ein Ersatzteil für sein Moped importiert hat und dann über den CO₂-Gehalt Bericht erstatten sollte. Die schnelle Einigung ist gut für die Unternehmen und für die Menschen und hilft, die Akzeptanz der europäischen Klimapolitik zu steigern. Ein klares Zeichen, dass sich der Wind in Brüssel gedreht hat und unnötige bürokratische Regeln abgeschafft werden, gleichzeitig die Klimaziele aber weiter fest im Blick sind.“

Nur 9 % der Betriebe bleiben erfasst,
aber damit werden 99 % der Emissionen abgedeckt.



Die Einigung muss jetzt noch von Parlament und Rat formal angenommen werden. Dies gilt jedoch als sehr sicher.



Die Gegner Europas sind mit ihrem Misstrauensantrag krachend gescheitert

Vorwurf der Korruption gegenüber Ursula von der Leyen ist absurd



„Der Korruptionsvorwurf gegen Ursula von der Leyen ist absurd, und ich bedauere, dass er immer wieder unkritisch übernommen wird“, erklärte Dr. med. Peter Liese anlässlich der Diskussion um den Misstrauensantrag gegen die Europäische Kommission.

Große Mehrheit der Bevölkerung wollte, dass so schnell wie möglich Impfstoff beschafft wird

„Zu Beginn des Jahres 2021 gab es weltweit eine große Knappheit an Impfstoffen. Viele Menschen haben verzweifelt darauf gewartet. In dieser Phase wurde die Europäische Kommission aufgefordert, das Verfahren zu beschleunigen und pragmatisch zu handeln – so wie es zum Beispiel in Israel und den USA geschehen war. Die verzögerte Lieferung von Impfstoffen an die Europäische Union war jedoch nicht auf schlechte Verhandlungen der Kommission zurückzuführen. Vielmehr hatte Pfizer sich zunächst geweigert, die europäischen Haftungsregelungen zu akzeptieren. Trotzdem war es wichtig, dass sich die Kommission und auch Präsidentin Ursula von der Leyen in dieser Phase nochmals stark engagiert haben, um schnellere Impfstofflieferungen zu ermöglichen. Am 1. Juli 2021 war die Impfrate in der Europäischen Union dann höher als in den Vereinigten Staaten von Amerika. All das darf nicht vergessen werden, wenn derzeit über mögliche Versäumnisse und mangelnde Transparenz diskutiert wird“, so Liese.



Vorschlag gegen Arzneimittelknappheit schnell annehmen

„Die EU-Gesundheitsminister müssen den Vorschlag zur Bekämpfung von Arzneimittelknappheit so schnell wie möglich annehmen. Das Problem duldet keinen Aufschub“, erklärte der Arzt und EU-Gesundheitspolitiker Dr. Peter Liese anlässlich des Treffens der EU-Gesundheitsminister in Luxemburg.



Auf der Tagesordnung stand u.a. die Annahme eines Vorschlags zum Pharmapaket; hier gilt eine Einigung als sicher. Der Vorschlag zur Bekämpfung von Arzneimittelknappheit befindet sich allerdings noch in einem frühen Stadium. Am 11. März hatte die Europäische Kommission vorgeschlagen, bei der Beschaffung von Arzneimitteln nicht mehr nur den Preis, sondern auch andere Kriterien wie die Produktion in der Europäischen Union zu berücksichtigen.

„Das ist der Schlüssel zur Lösung eines der größten Probleme, das wir im Gesundheitswesen und überhaupt in Europa haben, nämlich der Knappheit von Arzneimitteln. Es ist schrecklich, wenn Patientinnen und Patienten in der Apotheke oder im Krankenhaus immer wieder hören, ihr Medikament ist nicht lieferbar. Es ist auch eine riesige Belastung für das medizinische Personal. Viele Menschen müssen die Hälfte ihrer Zeit damit verbringen, Medikamente zu beschaffen oder zu überlegen, welche Ersatzmöglichkeiten es gibt. Das Problem ist nicht von der EU verursacht. Aber die EU ist der Schlüssel zur Lösung, weil nur die Marktmacht von 27 Mitgliedstaaten ausreicht, um den Unternehmen das entsprechende Signal zu geben, dass sich Produktion in der EU wieder lohnt. Außerdem ist in dem Vorschlag vorgesehen, die Genehmigungsverfahren für Produktionsstätten von Arzneimitteln zu beschleunigen. All dies muss jetzt schnell angegangen werden“, betonte Liese.



Keine zusätzliche EU-Bürokratie beim Autoverkauf

Aktuell kursieren Medienberichte zur geplanten EU-Verordnung über Altfahrzeuge, die mit pauschalem EU-Bashing verbunden sind und nicht den aktuellen Stand wiedergeben.

Hier die Fakten:

Im ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission hätte jeder Fahrzeughalter beim Verkauf beweisen müssen, dass es sich nicht um einen Schrottwagen handelt. Klingt erst einmal harmlos – hätte aber für viele Menschen unnötige Bürokratie bedeutet. Die EU-Mitgliedstaaten wollten das immerhin etwas abschwächen und die Nachweispflicht auf professionelle Händler begrenzen – aber selbst da wären kleine Werkstätten betroffen gewesen. „Unsere Position im Europaparlament ist klar: Wir streichen diese Nachweispflicht - außer für den Export in Drittländer. Dafür braucht es eine Dokumentationspflicht, um illegale Schrottexporte zu verhindern. Innerhalb der EU können Gebrauchtwagen weiterhin ohne zusätzliche Nachweise verkauft werden, wenn diese verkehrstauglich sind. Wir setzen auf Umweltschutz und Ressourcenschonung mit Augenmaß – ohne neue Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger, die ihr Auto innerhalb der EU kaufen oder verkaufen wollen“, erläuterte Peter Liese.



Unterstützung für die Ärmsten der Armen und der Kampf gegen Aids muss weitergehen

Gespräch mit Bill Gates



„Neben vielen anderen schrecklichen Entscheidungen finde ich es ganz besonders schlimm, dass die neue US-Regierung unter Donald Trump in Form der von Elon Musk geleiteten Behörde (DOGE) beschlossen hat, die Entwicklungshilfe der USA komplett einzustellen. Dadurch müssen viele Menschen, vor allem auch Kinder, an vermeidbaren Erkrankungen sterben. Aids kann sich wieder ausbreiten. Gut, dass es Amerikaner wie Bill Gates gibt, der mit seiner Stiftung den Kampf um die globale Gesundheit weiterführt“, so Liese nach einem Gespräch im Europäischen Parlament.



Klimaziel 2040 im Europäischen Parlament

Christdemokraten für geordnetes, aber zügiges Verfahren

„Wir als Christdemokraten setzen uns für ein geordnetes, aber zügiges Verfahren zum Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Klimaziel 2040 ein. Ein konstruktiver und zugleich schneller Prozess ist möglich, auch wenn das Parlament einen Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen abgelehnt hat“, erklärte Peter Liese, der auch Sprecher im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ist.

„Wir konnten dem Dringlichkeitsverfahren nicht zustimmen, weil einige unserer zentralen Prioritäten von den anderen Fraktionen nicht berücksichtigt wurden. Für uns ist klar: Die Fachausschüsse müssen angemessen eingebunden werden, allen voran der Industrieausschuss. Das Europäische Parlament muss genügend Zeit haben, um den Vorschlag gründlich zu beraten. Insbesondere sind wir der Meinung, dass das Plenum erst abstimmen sollte, nachdem der Rat seine Position festgelegt hat“, so Liese.



„Wir beginnen nun umgehend mit der Erarbeitung unserer Position zum Vorschlag der Kommission und wollen diesen gemeinsam mit den christdemokratischen Vertretern im Rat weiter verbessern. Wir begrüßen, dass die Kommission bereits einige unserer Forderungen in ihren Entwurf aufgenommen hat. Besonders wichtig ist uns aber die klare Zusage, dass die notwendigen Rahmenbedingungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Industrie geschaffen werden. Wir stehen in der internationalen Verantwortung. Es ist entscheidend, dass die EU rechtzeitig ihren Beitrag im Rahmen des Pariser Klimaabkommens vorlegt und damit ein positives Signal an die Weltklimakonferenz in Belém sendet. Gleichzeitig ist es unser Anspruch, dass Europa mit gutem Beispiel vorangeht. Das heißt Industrie in Europa halten, bei der Dekarbonisierung unterstützen und die Menschen mitnehmen“, so Liese.

Ohne Flexibilität wird es kein Klimaziel für 2040 geben

„Die Kommission hat ihr Ziel für 2040 vorgelegt: 90% weniger Emissionen gegenüber 1990. „Ein wichtiges Signal – aber realistisch umsetzbar ist das nur mit Flexibilität und einer starken Reform und Wettbewerbsagenda. Denn die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft steht derzeit unter enormem Druck. Daher halten wir es für sehr gefährlich, die Europäische Kommission oder die deutsche Bundesregierung zu kritisieren, weil sie für Flexibilität beim Erreichen des 2040-Ziel der Europäischen Union eintreten. Wir sehen weder im Parlament noch im Rat eine Mehrheit für ein 2040-Ziel ohne Flexibilität. Noch wichtiger ist, dass Europa endlich die Voraussetzungen schafft, um das Klimaziel 2040 überhaupt zu erreichen, zum Beispiel für den Ausbau von Infrastruktur für Wasserstoff, Carbon Capture and Storage (CCS/ Speicherung von Kohlendioxid) und preiswerten Strom“, sagten Peter Liese, Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP, Christdemokraten) für Klimafragen, und Christian Ehler, Sprecher derselben Fraktion für Industrie, Energie und Forschung. Die EVP-Fraktion hat noch keine offizielle Position festgelegt, die beiden Abgeordneten äußerten jedoch vor Journalisten ihre persönlichen Ansichten.



Tauziehen um Klimaziele der EU

Die Hitze in diesen Tagen zeigt, Klimaschutz ist und bleibt prioritär! Gleichzeitig müssen wir feststellen – es gibt nur ein Weltklima, und Deindustrialisierung ist kein guter Klimaschutz. Deswegen braucht es einen klugen Kompromiss. Im Interview mit Deutschlandfunk erkläre ich, worauf es jetzt beim EU 2040 Klimaziel ankommt. Reinhören lohnt sich“, so Peter Liese

Hier geht's zum Gespräch: [Tauziehen um Klimaziel der EU - Interview Peter Liese, CDU-Europapolitiker](#)



Wir setzen nicht auf Verbote und Überregulierung, sondern auf Marktwirtschaft und gezielte Unterstützung

„Ich bin sehr stolz darauf, dass der Sauerländer Friedrich Merz Kanzler ist. Viele Gemeinsamkeiten verbinden uns – unter anderem, dass wir im gleichen Wald spazieren gehen. Der Arnberger Wald verbindet seine Heimatstadt Arnberg mit meiner Heimatstadt Meschede. Am Wochenende genieße ich gerne die Natur. Aber wie Friedrich Merz in vielen Reden immer wieder sagt, sehen wir im Wald leider auch die Folgen des Klimawandels. Viele Bäume sind durch Trockenheit und Hitze zum leichten Opfer



des Borkenkäfers geworden. Eine Försterin aus unserer Region sagte: Das Monster ist nicht der Borkenkäfer, sondern der Klimawandel. Deshalb ist es wichtig, dass dieses Thema weiterverfolgt wird – allerdings mit den richtigen Mitteln! Wir setzen nicht auf Verbote und Überregulierung, sondern auf Marktwirtschaft und gezielte Unterstützung“, betonte Peter Liese.



Sicheres Badevergnügen in unserer Region

Alle Seen schneiden bei Prüfung auf Basis von EU-Badegewässer-Richtlinie ausgezeichnet ab

„In Nordrhein-Westfalen haben die Sommerferien begonnen. Viele Menschen fahren allerdings nicht in ferne Länder, sondern bleiben in unserer Region. Doch auch in unserer Heimat gibt es tolle Freizeitmöglichkeiten. Insbesondere die Seen ziehen jetzt im Sommer viele Gäste an. Einem sicheren Badevergnügen steht dabei nichts im Weg“, erklärt Peter Liese.

Alle Seen im Hochsauerlandkreis, der Hennesee bei Meschede, der Diemelsee bei Marsberg, der Sorpesee bei Sundern, der Hillebachsee bei Winterberg und der Esmeckesee bei Eslohe sowie der Feldmarksee bei Sassenberg und der Tuttenbrocksee bei Beckum im Kreis Warendorf, schneiden ausgezeichnet ab. „Eine Fahrradtour zum Hennesee und eine Erfrischung im kühlen Nass sind für mich in jedem Sommer ein Highlight. Ich freue mich, dass wir alle unsere Seen auch aufgrund der guten Wasserqualität nutzen können“, betont Peter Liese.

Die EU-Badegewässer-Richtlinie wurde eingeführt, um die Gesundheit und Sicherheit der Badegäste zu gewährleisten. Gemäß dieser Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten die Wasserqualität ihrer Badegewässer überwachen und sicherstellen, dass sie den geltenden Standards entsprechen. In Nordrhein-Westfalen wird dies vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) koordiniert. Das LANUV führt regelmäßige Untersuchungen durch, um die Wasserqualität der Badeseen zu bewerten und sicherzustellen, dass sie den strengen Anforderungen entsprechen. Das LANUV bietet auf seiner Website eine umfassende Auflistung aller Badegewässer in Nordrhein-Westfalen einschließlich detaillierter Informationen zu jedem Gewässer, aktuellen Messwerten und Bewertungen. Dadurch sollte dem sommerlichen Badespaß nichts mehr im Wege stehen.

Den Link zur Website des LANUV Auflistung der Badegewässer in Nordrhein-Westfalen finden Sie hier: <https://www.badegewaesser.nrw.de/>





EU-Politik pro oder contra Holzenergie

Gespräch von Peter Liese MdEP mit Vertretern der Heizkesselhersteller und Holzproduzenten

Die Holzofenproduzenten und Pellethersteller sind besorgt über die von der Europäischen Union geplante Verschärfung der Ökodesign- und Energieverbrauchskennzeichnung für Holzöfen und Holzessel. In einem Gespräch mit den Vertretern der Heizkesselseite des Energieholz- und Pellet-Verband e.V. (DEPV) sowie den Holzlieferanten vom Zentrum Wald und Holz NRW, im Informations- und Demonstrationszentrum Erneuerbare Energien (I.D.E.E.) in Olsberg konnten die tiefgreifenden Herausforderungen angegangen werden. Die beiden Branchen haben Bedenken, dass eine von der Europäischen Union beschlossene Verschärfung der Emissionsgrenzwerte das Aus für die nachhaltige Nutzung moderner Holzenergie sein könnte. Peter Liese hatte sich schon Anfang dieses Jahres erfolgreich dafür eingesetzt, dass eine Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie für Holzöfen von der Europäischen Kommission vorläufig gestoppt wird.

Die bisherigen Grenzwerte können von Schornsteinfegern bei privaten Heizöfen gut gemessen werden. Würden die Grenzwerte weiter verschärft, könnte diese zwar von den Herstellern unter Laborprüfbedingungen eingehalten werden, aber in der praktischen Anwendung vor Ort wäre dies nicht mehr möglich. Es existieren weder tragbare Messgeräte, noch können die Grenzwerte aufgrund der unterschiedlichen Qualitäten des Brennmaterials, wie beispielsweise beim Stückholz, eingehalten oder überprüft werden. Zudem existieren in vielen EU-Staaten keine Feinstaubmessungen, wie sie in Deutschland durchgeführt werden.

Bei dem Gespräch betonte Liese, der neben einer Wärmepumpe auch Holz verwendet: „Ich kämpfe für eine nachhaltige Holzenergienutzung und gegen unrealistische Emissionsgrenzwerte. Das Heizen mit Holz ist in Südwestfalen tief verwurzelt und einfach nicht wegzudenken. Warum auch? Denn Holz ist eine nachhaltige Energiequelle. Auf europäischer Ebene findet zum Glück ein Umdenken statt: Es gilt, hinderliche Bürokratie abzubauen und sicherzustellen, dass Grenzwerte für Feinstaub mit den technischen Möglichkeiten und den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort in Einklang stehen.“



v.l. **Wolfgang Fischer** (Bürgermeister der Stadt Olsberg), **Thomas Wälter** (Wald und Holz NRW), **Martin Schwarz** (Wald und Holz NRW), **Michael Roglin** (Fröling Heizkessel- und Behälterbau), Dr. **Peter Liese** MdEP, **Christian Wette** (ETA Heiztechnik), **Volker Striemer** (HDG Bavaria)

Gespräch bei THELEICO Schleiftechnik in Meschede



„Immer wieder spannend, was Mittelständler in unserer Region auf die Beine stellen – und wie sehr europäische Politik Chance und Risiko für unsere Arbeitsplätze bedeutet“, betonte Peter Liese bei einem Besuch der Firma THELEICO Schleiftechnik in Meschede. Die Firma ist ein führendes Unternehmen in der Herstellung von Schleifscheiben. Schleifscheiben werden in praktisch allen Lebensbereichen – von der Medizin über Automobil bis hin zur Rüstungsindustrie – benötigt. Das Unternehmen drängt auf eine faire Behandlung im Vergleich zu Mitbewerbern aus anderen Ländern der Europäischen Union.



Spielzeugverordnung setzt neue Standards

Gemeinsames Gespräch von Peter Liese MdEP, Florian Müller MdB und Ralf Schwarzkopf MdL mit Deutschem Verband der Spielwarenindustrie

„Spielen ist wichtig für die Entwicklung von Kindern und die Spielsachen müssen so sicher wie technisch nur möglich sein. Wenn wir starke Sicherheitsvorkehrungen von unseren Unternehmen zuhause verlangen, müssen wir aber gleichzeitig sicherstellen, dass sich Hersteller aus dem Ausland nicht einfach über die Regeln hinwegsetzen und unseren Kindern womöglich noch schaden“, so das Fazit von Peter Liese, Florian Müller MdB und Landtagsabgeordneten Ralf Schwarzkopf bei einem Besuch des Spielzeugherstellers Sieper in Lüdenscheid. Gemeinsam mit den beiden Geschäftsführern der Sieper GmbH, Volker Eßmann und Jörg Stermann, sowie Geschäftsführer Ulrich Brobeil vom Deutschen Verband der Spielwarenindustrie e.V. diskutierten die Abgeordneten mit den Geschäftsführern die Auswirkungen der neuen EU-Spielzeugverordnung auf die Herstellung von Spielwaren in der EU.

Europäisches Parlament, Europäische Kommission und EU-Mitgliedstaaten hatten sich im Mai 2025 nach langen Verhandlungen auf neue Vorschriften für die Sicherheit von Spielzeug geeinigt. Die Novellierung der 2009 verabschiedeten Spielzeugrichtlinie zu einer Spielzeugverordnung, die unmittelbar Rechtskraft in den Mitgliedsstaaten besitzt, sieht vor allem strengere Vorgaben für den Einsatz von Chemikalien vor. Die umstrittenen sogenannten „Ewigkeitschemikalien“ PFAS sollen ganz verboten werden. Die Spielzeughersteller müssen die verschärften Anforderungen innerhalb einer Übergangsfrist von 54 Monaten umsetzen. Das PFAS-Verbot sei richtig, betonte DVSI-Geschäftsführer Ulrich Brobeil, und es würde auch umgesetzt. Ein großes Problem sieht der Verband eher bei den Billig-Online-Plattformen wie Temu. Die Produkte erfüllten oft nicht die europäischen Sicherheitsstandards, wie erst zwei kürzlich von Toy Industrie of Europe (TIE) und nationalen Spielwarenverbänden durchgeführte Mystery Shopping-Studien zeigten. „Die Spielzeug stellen ein echtes Sicherheitsrisiko dar“, so Ulrich Brobeil weiter. Als Beispiel nannte Ulrich Brobeil das Spiel Magnastix. Hier gebe es ein zu starkes Magnetfeld. Dadurch könnte sich beim Verschlucken Teile so fest verbinden, dass ein Ersticken möglich sei. Oft gebe es auf diesen Plattformen auch Produktfälschungen. Insbesondere China würde sich nicht an Sicherheitsstandards halten. „Die unfairen Wettbewerbsbedingungen zulasten der europäischen Spielwarenhersteller müssen ein Ende haben“, fordert Ulrich Brobeil

Einhaltung der Spielzeugverordnung gilt auch für Drittländer

Die Abgeordneten aus Land, Bund und Europa kündigten an, sich dafür einzusetzen, dass die Regeln für alle Hersteller und Importeure gelten, egal ob die Spielwaren China eingeführt oder in Europa hergestellt werden. Volker Eßmann erläuterte, dass auch die Produktverpackungen in Europa strengen Regeln unterlägen und damit sicher seien. Bei Importware z.B. aus China gebe es schon mal Probleme. Das gelte auch bei der Haftung.



v.l. Jörg Stermann (Geschäftsführer Sieper GmbH), Dr. Peter Liese MdEP, Kadi Gutzeit (Sieper GmbH), Florian Müller MdB, Ulrich Brobeil (Geschäftsführer Deutscher Verband der Spielwarenindustrie e.V. und Rolf Schwarzkopf MdL

Präsentationsjahr der REGIONALE 25

Dutzende erfolgreiche Projekte in ganz Südwestfalen mit Unterstützung der EU

Südwestfalen zeigt, was es kann. Dutzende Projekte zwischen Burbach und Lippetal, zwischen Iserlohn und Marsberg wurden auch mithilfe der Europäischen Union umgesetzt. Unter dem Motto Südwestfalen DNA – digital, nachhaltig, authentisch ging es bei der Auftaktveranstaltung in Arnsberg unter anderem um den Wasserstoff-Energy-Campus in Siegen, um Digital-Projekte in Soest und viele schöne Tourismus- und Langzeitprojekte in allen Kommunen der Region. Dies würdigte auch Ministerpräsident Henrik Wüst in seiner Rede und betonte die Innovationskraft und die Zusammenarbeit in Südwestfalen. Eingeladen hatte die Südwestfalen Agentur GmbH in den Innenhof des Sauerland-Museums.



Die REGIONALE ist ein Strukturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen und in Deutschland einmalig. Im Fokus stehen Regionen, in denen sich Kreise freiwillig zusammenschließen, um über ihre Grenzen hinweg regional zusammen zu arbeiten. Jede REGIONALE endet mit dem sogenannten Präsentationsjahr. In diesem Jahr zeigt die Region, welche beispielhaften Ideen und Lösungen entwickelt worden sind. Für Südwestfalen ist es das Präsentationsjahr von Mitte 2025 bis Mitte 2026.

Weitere Informationen unter: <https://www.regionale-suedwestfalen.com/>

Starker Auftritt von (Süd-)Westfalen in Brüssel



Beim traditionellen Sommerfest der Landesregierung in Brüssel waren neben Ministerpräsident Hendrik Wüst und vielen Ministern wie Herbert Reul, Nathanael Liminski und Mona Neubaur vor allen Dingen viele Vertreter aus Westfalen dabei. Aus Südwestfalen unter anderem: Hubertus Winterberg (Geschäftsführer der Südwestfalenagentur, Marie Ting (Initiative Wirtschaft für Südwestfalen, Stephan Pieper (Geschäftsführer der Veltins Eisarena in Winterberg und Dr.

Jürgen Fischbach (Sauerlandtourismus). Sehr beeindruckend war auch der Auftritt der Firma WEPA aus Arnsberg-Müschede bzw. Marsberg-Giershagen zum Thema nachhaltige Herstellung von Hygienepapier.





Senioren-Union im Europäischen Parlament in Straßburg

„So schön, die Senioren-Union im Europäischen Parlament in Straßburg begrüßen zu dürfen“, freute sich Peter Liese. Die engagierte Gruppe aus Ense, Wickede und Werl hatte viele spannende Fragen im Gepäck – von aktuellen tagespolitischen Entwicklungen bis hin zu europäischen Förderprogrammen wie LEADER.



Treffen mit Team BÜchse

„Den Bürgermeisterkandidaten der CDU Bestwig, Christoph Rosenau, kenne ich seit meiner Jugend und kann ihn nur wärmstens für dieses wichtige Amt empfehlen. Er hat sehr langjährige Verwaltungserfahrung und ist einfach ein Supertyp. Ich habe mich gefreut, dass Team BÜchse (sein Kegelclub aus Ostwig) bei einer Wanderung durch Bestwig und Meschede zu treffen“, so Peter Liese.

PS: BÜchse ist der Spitzname, weil zu seiner Zeit im Kindergarten Fußballspielen mit Ball verboten war – und er sich beim Spielen mit einer Dose (BÜchse) offensichtlich sehr geschickt angestellt hat.



Starke Landratskandidatin in Siegen-Wittgenstein

Am 14. September sind bei uns in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen. Dort werden auch neue Landrätinnen und Landräte sowie neue Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewählt. In Siegen kandidiert für die CDU Susanne Otto. „Sie ist die richtige Kandidatin zur richtigen Zeit, denn ihre Kompetenz ist innere Sicherheit. Als Opferschutzbeauftragte und Leiterin des Kommissariats Kriminalprävention bei der Kreispolizeibehörde weiß sie, wo der Schuh drückt und was wir tun müssen, um Verbrechen besser zu bekämpfen“, bekräftigte Peter Liese nach einem gemeinsamen Termin mit Kerstin Brauer (Bürgermeisterkandidatin in Wilnsdorf), Susanne Otto (Landratskandidatin in Siegen-Wittgenstein), Benedikt Büdenbender MdB und Anke Fuchs-Dreisbach MdL in Wilnsdorf.



Kurztrip nach Paris



Gespräche im Umweltministerium und dem Jacques Delors Institut sowie ein Vortrag bei der Generalversammlung der Europäischen Heizungsindustrie stand auf dem Programm bei der Reise von Peter Liese in die französische Hauptstadt Paris. „Das Thema war überall dasselbe: Wie können wir das Klima schützen und dabei neue Jobs schaffen und den Menschen, die es sich nicht leisten können, beim Klimaschutz helfen?“, so Liese und ergänzte „Keine Zeit für Sightseeing – trotzdem ein sehr spannender Besuch!“

Schützenfeste im Sauerland – immer wieder ein Highlight

„Seit meiner Kindheit bin ich Fan des Sauerländer Schützenfestes. Selbstverständlich bin ich, sobald es möglich war, als 18-Jähriger in die Sankt Antonius Schützenbruderschaft Ostwig eingetreten. Ich freue mich immer auf das Schützenfest in Ostwig! Besonders froh bin ich, dass ich gemeinsam mit Friedrich Merz und Ursula von der Leyen und anderen dafür sorgen konnte, dass das traditionelle Vogelschießen mit Bleimunition weiter möglich ist und wünsche allen in allen Orten, an denen Schützenfest gefeiert wird, viel Spaß! Danke an Udo Peetz für das Foto“, so Peter Liese.





50 Jahre Hochsauerlandkreis

Um das zu feiern, haben sich zahlreiche Gäste im Kreishaus im Meschede getroffen. „Besonders gefreut hat uns alle, dass unser Bundeskanzler Friedrich Merz als heimischer Abgeordneter dabei war. Der Hochsauerlandkreis ist eine starke Industrieregion im Grünen, viele Menschen, unter anderem die ehrenamtlichen Mitglieder des Kreistages sorgen dafür, dass es so bleibt. Interessante Begegnung am Rande mit Vertretern der Schützen und Antje Jäckel, evangelische Pfarrerin in Brilon und Präses des Kreisschützenbundes“, so Peter Liese nach den Feierlichkeiten zu 50 Jahre Hochsauerlandkreis.



**Wir wünschen Ihnen einen
erholsamen Sommer**